

EU streitet über die Zukunft der Energie

KONFLIKT Einige Staaten drängen auf den Ausbau der Atomenergie. Die Pläne der EU-Kommission könnten für Deutschland zum Problem werden.

VON HANNA VAUCHELLE, MZ

BRÜSSEL. Atomar oder erneuerbar? Unter den EU-Staaten tobt ein Machtkampf um das richtige Energiekonzept. Während Großbritannien, Frankreich und Tschechien auf den Ausbau der Atomenergie drängen, pochen Deutschland und Österreich auf die Erneuerbaren. Ungemach droht den Öko-Befürwortern aus Brüssel. Denn die Leitlinien zur Bezuschussung der einzelnen Energiequellen, die von der EU-Kommission derzeit entworfenen werden, nutzen vor allem den Nuklearstaaten. Für die deutsche Energiewende könnten sich die Brüsseler Pläne zum Problem entwickeln.

„Leitlinien für Umwelt- und Energiehilfen“ heißt das 55 Seiten umfassende EU-Dokument, das in der Bundesregierung mitten im Wahlkampf für Unruhe sorgt. Zwar verschob die EU-Kommission auf Druck von Kanzlerin Merkel den Veröffentlichungstermin auf nach der Bundestagswahl. Doch am Inhalt änderte sich nichts: Ende vergangener Woche war durchgesickert, dass Brüssels Pläne zur künftigen Förderung der Energiequellen auch die Atomkraft als Förderziel mit einschließen. Sie solle „technologie-neutral“ behandelt werden. Die Förderung der AKW soll den Staaten also dann erlaubt sein, wenn sie nachweisen können, dass ohne den Atomstrom die Auslastung der Netze auf ein niedriges Niveau fällt.

Die Pläne kommen Frankreich, Großbritannien und Tschechien entgegen. Schon lange maulen sie über den Hype um die Erneuerbaren. Denn dieser hat auch dazu geführt, dass der Großhandelspreis für Strom an den internationalen Börsen auf unter 40 Euro pro Megawattstunde abgesunken ist. Energieexperten zufolge lohnen sich Bau und Betrieb eines Atommeilers aber erst ab einem Preis von rund 120 Euro pro Megawattstunde. Die Aussicht auf Hilfestellung aus Brüssel weckt dort deshalb große Hoffnungen.

„Die Devise der EU-Kommission heißt: Atomkraft, ja bitte und wenn zurzeit nicht in Deutschland, dann aber bitte in Großbritannien, Tschechien und anderswo“, ärgert sich die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, Rebecca Harms. Auch der Bundesregierung passen die Pläne nicht in den Kram. Sie könnten das Vorzeige-Projekt Berlins in Gefahr bringen – die Energiewende. Denn die



Windkraftanlagen am Kernkraftwerk Brunsbüttel: Atomar oder erneuerbar? An dieser Frage scheiden sich in der EU die Geister. Foto: dpa

EU-Kommission feilt auch an einheitlichen Beihilferegeln für die erneuerbaren Energiequellen.

Der in Deutschland über die Jahre gewachsene Förderdschungel für Solar-, Wind- und Biomasseanlagen ist der Behörde ein Dorn im Auge. Sie hält ihn für wettbewerbsverzerrend. Der

Energiebedarf soll deshalb europaweit ausgeschrieben und dem günstigsten Anbieter der Zuschlag erteilt werden. Dahinter steckt auch der Wille Brüssels, grüne Energie dort produzieren zu lassen, wo sie am günstigsten ist, etwa Solarstrom in Spanien und Windanlagen an der Atlantikküste. „Die

KOMMENTAR

VON HANNA VAUCHELLE, MZ



Problembär Oettinger

Vor dreieinhalb Jahren war sein Abgang nach Brüssel belächelt worden. Die Kanzlerin habe mit Oettinger einen schwächelnden Parteigenossen nach Brüssel weggelobt, hieß es. Mittlerweile wird sich Merkel fragen, ob sie damals die richtige Entscheidung getroffen hat. Denn der Schwabe weigert sich, den Erfüllungsgehilfen in der EU-Machtzentrale zu spielen. Oettinger wird für Berlin sogar zunehmend zum Problem-Kommissar.

Das umstrittene Papier stammt zur Hälfte aus seiner Feder: Mit den geplanten Leitlinien zur Bezuschussung der einzelnen Energiequellen fährt Oettinger der Kanzlerin voll in die Parade. Zwar mag die Idee, die dahinter steckt – grüne Energie dort zu produzieren, wo sie am günstigsten ist – einleuchten. Und sicherlich täte dem nationalen Subventionsdschungel etwas EU-Ordnung gut. Doch eine europaweite Harmonisierung der Regeln wäre jetzt der falsche Weg. Denn wer die Grenzen für Fördergelder öffnen will, muss erst einmal die Barrieren im Energiemarkt abschaffen. Einen wirklichen Binnenmarkt, wie er z.B. für Konsumgüter existiert, gibt es in der EU für Strom und Gas nicht. Zudem fragt man sich, wie der Solarstrom von der spanischen Costa Blanca bis in den Schwarzwald gelangen soll. Ein europäisches Leitungsnetz müsste erst ausgebaut werden. Aber dafür sind die nationalen Netzbetreiber zu sehr auf die Wahrung ihrer eigenen Pfründe bedacht. Fragwürdig ist auch der Plan, generelle Beihilferegeln für die Atomindustrie festzusetzen. Nicht umsonst hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung angemahnt, dass die EU-Kommission die Kosten der Atomkraft systematisch unterschätze. Die Energiewende darf aus Brüssel nicht gefährdet werden.

Macht soll wieder aus den Händen der Bürger, Bauern und Mittelständler in die Schaltzentralen der großen Energiekonzerne gelangen“, kritisiert der Luxemburger EU-Abgeordnete Claude Turmes. Derzeit besäßen diese Gruppen 90 Prozent aller Erneuerbaren.